



**MIGRANTEN GREIFEN DREIMAL SO HÄUFIG ZUR STICHWAFFE WIE
EINHEIMISCHE**

Brisante Statistik aus NRW zeigt: Deutschland = Messerland

Von EUGEN PRINZ | Wer sich mit dem Tagesgeschehen in diesem Land befasst, stellt zwangsläufig fest, dass „Messermänner“ zunehmend den öffentlichen Raum unsicher machen. Es genügt, zur falschen Zeit am falschen Ort zu sein, um schwer verletzt oder gar getötet zu werden.

Jene, die eine Korrelation zwischen der ständig steigenden Anzahl der Menschen mit Migrationshintergrund und den immer häufigeren Messerattacken sehen, können sich jetzt durch die erste (relativ) detaillierte Statistik zu dieser Problematik, herausgegeben vom Bundesland Nordrhein-Westfalen, bestätigt fühlen.

Erschreckende Zahlen

NRW Innenminister Herbert Reul legte dem Innenausschuss des Landtags die erste [Gesamtjahresbilanz](#) zu diesem Problemfeld vor. Im Jahr 2019 wurden in NRW insgesamt 6827 Fälle erfasst,

in denen als Tatmittel ein Messer eingesetzt wurde. Dabei gab es insgesamt 6736 Tatverdächtige, von denen 2645 nicht die deutsche Staatsangehörigkeit haben. Das sind 39,27 Prozent, bei einem [Ausländeranteil von 13,3 Prozent](#) (2018) an der Gesamtbevölkerung Nordrhein-Westfalens.

Das bedeutet, dass Ausländer dreimal so häufig zum Messer greifen, als Deutsche.

AfD-MdB Gottfried Curio hat Recht

Diese Gesamtübersicht untermauert auf drastische Weise die in einer [Rede vor dem deutschen Bundestag](#) im März 2018 aufgestellte These des AfD-Bundestagsabgeordneten Dr. Gottfried Curio:

„Masseneinwanderung heißt auch Messereinwanderung“

Und wieder „Volkserziehung“ vom ZDF

Der absolute Brüller ist in diesem Zusammenhang wieder einmal die [Berichterstattung](#) des öffentlich-rechtlichen Erziehungsfernsehens. Auf der Seite von „ZDF Heute“ steht zu lesen:

„Statistik für 2019 in NRW -Messerangriffe: Tatverdächtige meist Deutsche“

Da sind wir jetzt aber wirklich froh, dass Ausländer bei einem Anteil von 13,3 Prozent an der Gesamtbevölkerung in NRW noch nicht die Mehrheit der „Messermänner“ stellen. Aber was nicht ist, kann ja noch werden.

„Tatverdächtige meist Deutsche“ – für diese Art Volksverdummung hat der Autor, ausweislich der vom „Beitragsservice“ auf Anforderung übersandten Auskunft über seine gespeicherten Daten, im Laufe seines Lebens mehr als 5000 Euro an Rundfunkgebühren bezahlt...

Das muss ein Ende haben! Doch zurück zu den „Messermännern“:

1,14 % Flüchtlinge stellen 15,62 Prozent der Messerstecher

Weiter geht aus der Gesamtjahresbilanz hervor, dass der Anteil der Zuwanderer unter den nichtdeutschen „Messermännern“ 39,8 Prozent (1052) beträgt. Das bedeutet, dass 15,62 Prozent aller Messerstecher das sind, was gemeinhin als „Flüchtling“ bezeichnet wird, also Asylbewerber, Schutz- und Asylberechtigte oder Geduldete.

Ende 2018 lebten in NRW insgesamt [205.449 Asylberechtigte](#), anerkannte Flüchtlinge und subsidiär Schutzberechtigte. Bei einer Gesamtbevölkerung von 17,91 Millionen Menschen in Nordrhein-Westfalen sind das gerade mal 1,14 Prozent. Nicht in dieser Zahl enthalten sind die Geduldeten, aber die dürften das Kraut auch nicht mehr fett machen.

Das bedeutet, dass die Zuwanderer bei einem Bevölkerungsanteil von 1,14% insgesamt 15,62% der Messerstecher Nordrhein-Westfalens stellen. Wie gesagt, die „Geduldeten“ sind hier nicht berücksichtigt, sie dürften die Zahl jedoch nur unwesentlich schönen.

Deutsche mit Migrationshintergrund nicht gesondert aufgeführt

Man muss Nordrhein-Westfalen für diese detaillierte Statistik dankbar sein, denn sie wirft ein Schlaglicht auf die katastrophalen Auswirkungen der Zuwanderung. Was in der Aufstellung allerdings fehlt, ist die Information, wie viele der deutschen Tatverdächtigen einen Migrationshintergrund haben. Allein im Jahr 2018 wurden in Nordrhein-Westfalen 27.649 Ausländer eingebürgert, darunter fast 5000 Türken und über 1500 Iraker. Hier ist der Grund zu suchen, warum sich der Ausländeranteil in NRW im Vergleich zum Straßenbild vergleichsweise niedrig ausnimmt. Die werden alle eingebürgert.

Angesichts der massenhaften Einbürgerung türkischer Migranten

und dem hohen Anteil türkischer Staatsangehöriger an den Messerstechern (436) wäre die Bilanz bei der Erfassung des Migrationshintergrundes eines deutschen Tatverdächtigen wohl noch deutlich verheerender ausgefallen.

Neben Nordrhein-Westfalen werden Messerattacken auch noch in Thüringen, Baden-Württemberg, Hessen und Berlin statistisch erfasst. Dort gibt es noch keine aktuellen Zahlen. In 2018 war jedoch in jedem dieser Bundesländer eine deutliche Zunahme der Messerangriffe zu verzeichnen.

Deutschland ist jetzt Messerland geworden.



[Eugen Prinz](#) im Mai 2019 auf dem Kongress der Neuen Medien in Berlin. Er kommt aus Bayern und schreibt seit Herbst 2017 unter diesem Pseudonym für [PI-NEWS](#) und den Blog [zuwanderung.net](#). Der Fachbuchautor und Journalist ist dem traditionellen bürgerlichen Konservatismus zuzurechnen.

» [Twitter Account des Autors.](#)



Video: Emotionaler Ausbruch

in Landtagsdebatte über Antifa-Gewalt

Wie menschenverachtend der Hass linker Extremisten auf Andersdenkende sein kann, haben Patrioten nicht nur in Köln schon seit vielen Jahren am eigenen Leib zu spüren bekommen. Auch körperliche Bedrohungen bis hin zu roher Gewaltausübung sind ein bekanntes Markenzeichen der Roten SA. Eine Erfahrung, die man niemanden wünscht, die aber trotzdem immer wieder engagierte Bürger und Politiker aufs neue erleben müssen.

So auch die Kölner AfD-Landtagsabgeordnete Iris Dworeck-Danielowski, die es auf der AfD-Veranstaltung im Bürgerhaus Köln-Kalk – PI-NEWS berichtete [hier](#) und [hier](#) – nur durch ein Dutzend behelmter Polizisten geschützt und über Absperrungen kletternd an einem geifernden gewaltbereiten Antifa-Mob vorbei schaffte.

Selbst nach dem gesprengten Bürgerdialog ging das brandgefährliche Spießrutenlaufen bis hinein ins Parkhaus weiter. Erfahrungen, die auch für AfD-Politiker (noch) nicht Alltag sind, und die im Fall von Iris Dworeck-Danielowski zu einem sehr authentischen emotionalen Ausbruch in der Landtagsdebatte über die unhaltbaren Zustände führte.

Die zweifache Mutter hat nun ein sehenswertes Video über das beängstigende Geschehen in Kalk und die anschließende Landtagsdebatte mit den so kaltschnäuzig-skrupellosen Reaktionen der “Musterdemokraten” von CDU bis Linkspartei veröffentlicht, in dem sie aus ihrem Herzen keine Mördergrube macht.

Zwar erscheint es unwahrscheinlich, dass damit das Gewissen empathieloser Politapparatschiks und gewalttätiger Linksextremisten erreicht werden kann. Aber für alle unentschlossenen, “neutralen” und grundsätzlich anständigen

Bürger könnten gerade solche Töne geeignet sein, einen Prozess des Nachdenkens in Gang zu bringen.



NRW: SPD-Türke fordert Türkisch- statt Englischunterricht

Der SPD und vor allem den Türken im Land geht die Übernahme Deutschlands als eine türkische Kolonie offenbar nicht schnell genug. Tayfun Keltek (SPD) vom türkischen Integrationsrat in NRW fordert nun, den Englischunterricht an Grundschulen komplett abzuschaffen und stattdessen Türkisch zu unterrichten. Das würde das Leben deutscher Kinder nämlich einfacher machen, argumentiert Keltek. Ein Drittel der Schüler in Nordrhein-Westfalen haben Migrationshintergrund, das sind zwar nicht alle Türken, aber Türkisch first ist wohl die Devise in Kreisen der türkischen Landnehmer.

Ich bin dafür, den Englisch-Unterricht an Grundschulen ganz abzuschaffen – nicht nur in den ersten beiden Schuljahren“, sagte Keltek gegenüber dem [„Kölner Stadt-Anzeiger“](#). Deutsche Kinder würden davon profitieren, die Herkunftssprache ihrer Mitschüler zu erlernen, so der türkische Islamisierungbeauftragte.

Dabei ginge es nicht um das Türkische, sondern um die

Lebensrealitäten der Kinder. Deutsche Kinder würden davon profitieren, die Herkunftssprachen ihrer Mitschüler zu erlernen. Wenn alle Deutschen dann Türkisch sprächen, so hätten die Türken mehr Zeit sich auf Deutsch zu konzentrieren, so die ziemlich wirre Argumentation. Um es wohl nicht ganz so offensichtlich aussehen zu lassen sollte auch [Polnisch und Russisch](#) an den Grundschulen gelehrt werden, lässt Keltek zumindest noch anderes neben Türkisch gelten. Englisch könnten die Kleinen dann ja auch „innerhalb von drei Wochen an einer weiterführenden Schule“ lernen, so Keltöks Vorstellungen.

Das nennt man dann wohl Integration andersherum. Die Türken beweisen uns seit Jahrzehnten, dass sie kein Interesse daran haben sich hier zu integrieren. Die deutsche Sprache zumindest halbwegs zu beherrschen, um in der Landessprache seine Aggressionen ausdrücken zu können, war bisher zumindest ein notwendiges Übel. Wenn dann aber endlich alle türkisch sprechen, muss ja wohl auch das nicht mehr sein. In [Berliner Schulen](#) wird bereits seit Anfang 2018 den deutschen Grundschulkindern Türkisch eingetrichtert.

Insgesamt ist dieser Vorstoß ein gutes Abbild der Realität der sogenannten Integrationsräte in Deutschland. Es geht hier offenkundig in der Hauptsache nur darum, dass die Deutschen sich endlich integrieren und alles Eigene, Deutsche möglichst schnell verdrängt werden soll. Künftig soll also „Merhaba“ statt „hello“ und „tesekkür ederim“ statt „thank you“ gelehrt werden. Die türkischen Migranten werden es zumindest der nach Wählern ringenden SPD danken, mit Kreuzchen in den Wahlkabinen, ein Halbmond auf dem Wahlzettel ist ja leider noch nicht zulässig. (lsg)



Lachnummer: „Größte Razzia gegen Clan-Kriminalität in NRW-Geschichte“

Von JOHANNES DANIELS | „#Nulltoleranz-Großeinsatz“ als Nullnummer: In einer „konzertierten Aktion“ führten am Samstag Abend ab 21 Uhr im gesamten Ruhrgebiet NRW-Polizei und „Sicherheitsbehörden“ Großrazzien gegen kriminelle Araber-Clans durch. Es waren 1.300 Polizisten im Einsatz, dazu Finanzbeamte, Zollbeamte und städtische Mitarbeiter – insgesamt waren über 1.700 Beamte auf den Füßen. Das überwältigende Ergebnis: Eine Festnahme in Dortmund (Drogen), zwei abgemeldete Autos, angeblich 100 Knöllchen-Anzeigen und 74 „Verwarngelder“ – zunächst war in Polizeimeldungen von „sieben Strafanzeigen“ die Rede. Außerdem wurde in der Dortmunder Nordstadt in einer Shisha-Bar eine hohe Kohlenmonoxid-Konzentration festgestellt. Die Einsatzkräfte von Polizei, Zoll und Stadt forderten unverzüglich die Feuerwehr an, die Gefahr von erheblichen Auswirkungen auf den weltweiten Treibhauseffekt war wohl doch zu groß.

In Essen wurde zudem ein Mann festgenommen. Er soll eine größere Menge „Bargeld“ (9.000 Euro – das ist übrigens nicht strafbar) bei sich gehabt haben, „dazu sogar mehrere EC-Karten“. Bargeld und EC-Karten wurden sichergestellt. In einer Polizei-Nachmeldung vom Sonntag Nachmittag wurde die Zahl der Festnahmen dann auf „[insgesamt 14](#)“ korrigiert. Kontrolliert

wurde auch „die Einhaltung des Nicht-Raucher-Schutzgesetzes“ und Steuervergehen: Einsatzkräfte stellten dazu „mehrere hundert Kilogramm unversteuerten Tabak“ sicher. Viel Reul-Rauch um Nichts?

Razzia-Reul greift durch: 360-Grad-Bekämpfung

NRW-Innenminister Reul, CDU, war höchstpersönlich bei den „historischen Maßnahmen“ in Bochum vor Ort: „Die heutige Razzia liegt voll auf unserer Nulltoleranz-Linie. Diese verfolgen wir sehr konsequent und sehr kontinuierlich. Die kriminellen Clanmitglieder sollen merken, wir lassen sie nicht in Ruhe – zu keiner Zeit und an keinem Ort“, betonte Innenminister Herbert Reul gegenüber der Deutschen Presse-Agentur. Sein nordrhein-westfälisches Innenministerium twitterte episch von einem Auftakt zur „größten Razzia gegen Clan-Kriminalität in der NRW-Geschichte“.

In Dortmund, Essen, Duisburg, Recklinghausen und Gelsenkirchen durchsuchten Beamte kultursensibel Shisha-Bars, Wettbüros, Falafel-Cafés, Spielhallen und „Teestuben“. Der aktionistische Großeinsatz soll sogar bis in die Morgenstunden gedauert haben. Die Polizei wurde unter anderem von Zoll und Finanzbehörden unterstützt, „damit alle rechtlichen Mittel gegen die kriminellen Clans ausgeschöpft werden“.

Die Aktion trage den Namen „360-Grad-Bekämpfung der Clan-Kriminalität“. Deshalb gehörten „auch Verkehrskontrollen“ zum Einsatz. „Die Bekämpfung der Organisierten sowie der Banden- und Clankriminalität ist ein strategischer Schwerpunkt“ der Polizei in NRW, hieß es: „Wir verfolgen konsequent Straftaten und Ordnungswidrigkeiten, die von einzelnen Mitgliedern der „Familienclans“ begangen werden“, twitterte die Essener Polizei.

Im vergangenen Juli und August war die Berliner Polizei bereits mit einem Großaufgebot gegen kriminelle Mitglieder arabischer Großfamilien vorgegangen. Beamte durchsuchten

Wohnungen und andere Objekte. [Vier Menschen \(!!\)](#) wurden in der [Hauptstadt festgenommen](#), wie die Berliner Polizei damals mehr als stolz mitteilte. Bei der Razzia ging es um den Verdacht des Drogenhandels im großen Stil, in Babylon Berlin eher ein Kavaliersdelikt.

Das linke Mainstream-Internet-Portal „[derwesten.de](#)“ jubelt:

„Am Samstag startete die größte Razzia gegen Clan-Kriminalität in der Geschichte Nordrhein-Westfalens: Die Behörden handeln entschlossen – endlich“.

„Razzia gegen arabische Clans in NRW – ein klares Statement“

„Doch manche fragen nur nach Zahlen. Das ist kleinkariert. In den sozialen Medien meckern viele über die großangelegte Razzia gegen kriminelle Mitglieder arabischer Clans: 1300 Polizisten waren im Ruhrgebiet im Einsatz – Festnahmen gab es aber wenige [...]

Ja, die Ansagen der Sicherheitsbehörden und aus dem NRW-Innenministerium klingen bisweilen arg martialisch. Und ja, ein Hauch von Aktionismus hängt den Razzia-Aktionen gegen die Clans dadurch auch an. Die gute Seite: Es steckt weit mehr als Sprücheklopferi dahinter. Die Entschlossenheit ist offenbar groß: Die Behörden wollen kriminelle Mitglieder von arabischen Clans in Essen und Gelsenkirchen das Fürchten lehren, sie immer wieder empfindlich stören“.

Und fordert willkommensfreudig „Perspektivangebote“ für die NRW-Neubürger:

„Wichtig ist jetzt, dass die Sicherheitsbehörden ihre eigenen Vorgaben im Auge behalten: Neben der harten Repressionspolitik soll es vor allem auch Perspektivangebote für all diejenigen geben, die mit den kriminellen Machenschaften einiger Mitglieder der Libanesen-Clans nichts zu tun haben wollen. Es gibt Ursachen für die Kriminalität

arabischer Clans, die müssen beseitigt werden. Nicht wenige der libanesischen Familien im Ruhrgebiet haben nur einen Duldungsstatus, seit Generationen. Ihnen müssen endlich Perspektiven eröffnet werden“.

Teure Familienbande für den Steuerzahler

Die sogenannten „Libanesen-Clans“ in Deutschland sind in Wahrheit keine „Libanesen“. Es sind vielmehr hochkriminelle palästinensische und kurdische Großfamilien, die in den letzten 35 Jahren von einer rot-grünen Bürger-verachtenden Migrationspolitik-Clique ins Land geholt wurde sind, viele damals ohne Pass als „Staatenlose“. Im Libanon war man froh, dass man sie los hatte: Im Gegensatz zu den ursprünglichen „Libanesen“, die meist maronitische, katholische oder apostolische Christen, Alawiten oder Drusen sind, sind diese deutschen Neubürger fast ausschließlich Muslime. Tausende Clan-Mitglieder waren während des libanesischen Bürgerkriegs aus Hisbollah-Beständen in den 80er-Jahren nach Deutschland gekommen / „geflüchtet“.

Der Großteil der Großfamilien lebt heute von den umfangreichen Hartz IV-Leistungen des großmütigen deutschen Sozialsystems. Nebenerwerbsquellen sind die Shishacafé-Industrie, der „gehobene“ Autohandel, Wettbüros, Prostitution und Drogenhandel. Skrupellose Mordanschläge auf rivalisierende Clans, Drogenkriege und zunehmende Angriffe auf Polizeibeamte gehören zum „Business“ im Milieu der neudeutschen Parallelgesellschaften. Daneben sind Schutzgelderpressung, Diebstahl, Betrug und Urkundenfälschung weitere Eckpfeiler des diversifizierten Geschäftsmodells.

„Organisierte Kriminalität braucht organisierte Anwälte“

Jährlich schleusen die Banden so große Summen Schwarzgeld am Staat vorbei – oft über Off-Shore-Banken in Zypern oder der Türkei – und investieren in Großimmobilien-Projekte in Deutschland. Selbstverständlich Steuergeld-gefördert, [PI-NEWS](#)

[berichtete](#) mehrfach darüber. Bislang blieben nahezu alle Beteiligten straffrei – sie können sich auch die besten Strafverteidiger der Republik leisten. Oftmals finanziert durch Sozialhilfe-Strukturen und mutmaßliche Kriminalitätserträge, z.B. die renommierte („Remmo-mierte“) Berliner [Kanzlei Dost-Roxin](#). Slogan: *„Organisierte Kriminalität braucht organisierte Anwälte zur Strafverteidigung!“*

„Aktuell ist von der Existenz von etwa 50 Clanfamilien in NRW auszugehen, aus denen heraus vermehrt Straftaten begangen werden“, so Frank Scheulen vom Landeskriminalamt (LKA). Diese Anzahl beziehe sich auf Personen mit einem türkisch-arabischen Migrationshintergrund. In Deutschland gehören nach vorsichtigen Schätzungen des Bundeskriminalamts mindestens 200.000 Menschen zu solchen Großfamilien. Genaue Zahlen stehen allah-dings nicht fest, wie auch in der grenzenlosen „Berliner Republik“?

Unter „Clankriminalität“ [versteht das LKA strafbare Handlungen](#), bei denen die Täter ihre familiäre oder ethnische Herkunft bewusst und aktiv einbeziehen: Etwa, indem die Aufklärung von Taten durch Stillhalte-mechanismen innerhalb von Familienverbänden behindert wird. Verdeckte Ermittler können die Behörden daher kaum einsetzen, denn wer bei den Clans mitmachen will, muss zur Familie gehören. Seit 2015 werden aber auch vermehrt kurdisch-arabische „Schutzbedürftige“ für die niederen Beschaffungskriminalitäts-Strukturen rekrutiert.

Ralf Jäger: „Kategorisierung von Clan-Kriminalität verbietet sich“

Die Straftäter leben in einer abgeschotteten Parallelwelt und erkennen rechtsstaatliche Strukturen nicht an. Straftaten innerhalb der Clans werden von sogenannten Friedensrichtern meist nach Scharia-Recht geregelt. Deutsche Gerichte freuen sich meist über [die willkommene Arbeitsteilung im Zuge der neuen Paralleljustiz!](#)

Im rot-grün-schwarzen NRW wurde mit den Clan-Straftätern absichtlich ein riesiges Kriminalitäts-Krebsgeschwür herangezüchtet, das Thema wurde aus Gründen der humanitären bunte „Weltoffenheit“ und der politischen Korrektheit als „praktisch nicht vorhanden“ eingestuft. NRW-Innenminister Ralf Jäger, SPD, war einer der Hauptprotagonisten dieser fatalen Entwicklung: „Aus polizeilicher Sicht verbiete sich eine solche Kategorisierung“ der kriminellen Familienclans, so [Ralf Jäger in seinem Bericht an den Innenausschuss](#) des Landtags.

Jetzt ist es zu spät, die Strukturen sind gefestigt. Man müsste das Übel großflächig an der Wurzel bekämpfen, doch dazu gehört erheblicher politischer Wille – und der ist bei den Willkommenstägern des Merckelsystem alles andere als „willkommen“.

Deutsche Gerichte werden wohl keinen der nun „14 Festgenommenen“ zu hart zur Brust nehmen, geschweige „ausweisen / abschieben“ – wohin auch? Ein braver Fahndungsbeamter des Kalifats NRW submissiv zu BILD am Sonntag: „Wir wollen niemanden stigmatisieren – für uns liegt der Fokus ausschließlich auf den kriminellen Mitgliedern dieser Großfamilien“.

Razzia-Reuls Nullnummer – Nulltoleranz gegenüber aktionistischen Politclowns. Nichts als ein Tropfen auf dem heißen Shisha-Stein.



Armin Laschet (CDU): „Der Islam gehört zu Nordrhein-Westfalen“

Von MARKUS WIENER | Anlässlich der Eröffnung einer DITIB-Großmoschee am Samstag in Aachen stellte NRW-Ministerpräsident Armin Laschet (CDU) noch einmal klar, dass für ihn der [Islam zu Nordrhein-Westfalen gehöre](#): „Der Islam gehört zu Nordrhein-Westfalen und die 1,5 Millionen Muslime sind selbstverständlich Teil unserer Gesellschaft. Wir stehen zusammen und lassen uns unsere friedliche Gesellschaft nicht durch Hass kaputt machen.“

Das Wort „Hass“ bezog der Merkel-Intimus offenbar auf friedliche Islam- und Zuwanderungskritiker und nicht auf fanatische und gewalttätige Anhänger der „Religion des Friedens“.

Ebenso wie Laschet übertrafen sich auch die anderen Offiziellen der etablierten Politik bei diesem Festakt der Islamisierung an Lobhudeleien für das neue Deutschland und das neue Nordrhein-Westfalen. Von der Landespolitik über die Stadt Aachen bis hin zu Repräsentanten der katholischen und evangelischen Kirche stellten alle „relevanten gesellschaftlichen Gruppen“ ihre Dhimmi-Abordnungen.

Schließlich gehöre die Yunus-Emre-Moschee zu Aachen und „wird ein Haus für alle Aachener sein“, so Oberbürgermeister Marcel Phillip (CDU). Eine Prophezeiung, die angesichts der demographischen Entwicklung und illegalen Massenzuwanderung in der Zukunft gar nicht mal so weit daneben liegen könnte.

Kritik an diesem neuen Meilenstein der Islamisierung kommt dagegen von der Alternative für Deutschland. Die stellvertretende Fraktionsvorsitzende der AfD-Bundestagsfraktion, Beatrix von Storch, entgegnete: „Wenn die

Kirche gegen das Aufhängen von Kreuzen agitiert und die C-Parteien die Gefahren der Islamisierung negieren, müssen wir uns nicht wundern, wenn der Islam sich immer weiter ausbreitet. Er dringt nur in ein Vakuum vor, das wir schaffen. Die AfD stellt sich dagegen: wir werden unsere Kultur verteidigen.“

Auch Thomas Röckemann, Landessprecher der AfD in Nordrhein-Westfalen und Abgeordneter der AfD-Landtagsfraktion, widerspricht Laschet: „Durch sein tölpelhaftes Verhalten zeigt Laschet erneut, dass er die Gefahren des Islam nicht erkannt hat. Somit fördert er Parallelgesellschaften in Deutschland, in denen sich ein islamischer Staat verwirklichen kann.“

Röckemann weiter: „Für die Anerkennung des Islam in einer DITIB-Moschee sollte Herr Laschet sich schämen. Es ist bekannt, dass der Moscheeverband DITIB der verlängerte Arm von Erdogan ist. Der schickt seine Imame nach Deutschland, um die hier lebenden Türken auf seinen Kurs zu bringen. Erst kürzlich haben wir erfahren, dass eine DITIB-Moschee in Herford Kinder in türkischen Militäruniformen aufmarschieren lässt. Als Katholik sollte er sich lieber für die Stellung christlicher Kirchen im Ausland einsetzen.“

Je mehr Zugeständnisse eine liberale Gesellschaft an den Islam mache, desto fundamentaler wird dieser in Erscheinung treten. Röckemann: „Das sollte gerade Herrn Laschet bekannt sein. Seiner gescheiterten Politik als Integrationsminister in NRW von 2005 bis 2010 haben wir die am schlechtesten integrierte Migrantengeneration aller Zeiten mit zu verdanken.“

Der Kölner AfD-Landtagsabgeordnete [Roger Beckamp](#), der in seiner Heimatstadt seit Jahren mit den Machenschaften und der Großmannssucht der DITIB konfrontiert ist, schrieb dem „christdemokratischen“ Ministerpräsidenten folgendes ins Stammbuch: „Laschet spricht von einem neuen ‚Wir‘, das für eine friedliche Gesellschaft zusammen stehe gegen Hass. Dabei sind Politiker wie er und Aussagen wie diese es, die unsere

bisherige friedliche Gesellschaft abschaffen. Er öffnet das Tor für Intoleranz und Entsolidarisierung. Die wesentlichen Kernpunkte des oftmals gelebten Islams, das fehlende Miteinander dieser Religion im Verhältnis zwischen den Geschlechtern und unterschiedlichen Religionen, sind die Axt am Baum unserer Gesellschaft.“

Kritikpunkte, die gewiss mehrheitsfähig in der einheimischen Bevölkerung wären. Sogar (noch) in Nordrhein-Westfalen!



Markus
Wiener.

[PI-NEWS-Autor Markus Wiener](#) schreibt bevorzugt zu Kölner Themen für diesen Blog. Der 41-jährige Politologe und gelernte Journalist ist parteiloses Mitglied des Kölner Stadtrates und der Bezirksvertretung Chorweiler. Seit über 20 Jahren widmet er sein politisches und publizistisches Engagement der patriotischen Erneuerung Deutschlands. Der gebürtige Bayer und dreifache Familienvater ist über [seine Facebook-Seite](#) erreichbar.



Kontrollen von „Bulgaren“ und „Rumänen“ im Ruhrgebiet

Vor fünf Jahren prahlte der damalige NRW-Innenminister Jäger (SPD), wie viele [toll ausgebildete Roma](#) er doch ins Ruhrgebiet bekommen habe, für die als Vorleistung Schulen und ein ordentliches Gesundheitswesen bereitzustellen seien:

„Es kann nicht sein, dass sie keine ärztliche Versorgung haben“, unterstrich er am Samstag [22. Juni 2013] vor 60 Personen, die zur Sitzung des Landesintegrationsrat in den Saal des Moerser Rathauses gekommen waren. Viele Roma, die in den letzten Jahren zugezogen seien, würden dauerhaft hier bleiben. Es sei eine Armutswanderung, wobei viele der Zugewanderten gut ausgebildet seien. Für die Roma seien Schulen zu bauen und die Gesundheitsvorsorge sicher zu stellen. „Wir müssen eine langen Atem haben“, blickte er auf die lange Zeitspanne einer Integration.“

Einige Jahre später ächzen die Kassen der Kommunen dort unter den Lasten der sozialdemokratisch verordneten Wohltaten und ihren bunten Bereicherungen. Die gute Ausbildung befähigte die Fachkräfte wohl vor allem dazu, das deutsche Sozialsystem nach allen Regeln der Kunst auseinanderzunehmen.

Gelang es einmal, eine Meldeadresse zu ergattern mit einer Pro-Forma-Arbeit ([in Berlin beliebt: die Anmeldung eines Gewerbes](#)), so konnten dann Gelder für Wohn- und Kindergeld

abgezockt werden wie auch Hartz IV wegen plötzlich nachlassender Konjunktur und resultierender Arbeitslosigkeit für die Fliesenleger und Abbrucharbeiter.

Der Druck der leeren bzw. geleerten Kassen hat jetzt wohl dazu geführt, dass man endlich das tut, was man schon Jahre vorher hätte beginnen können, aber aus falsch verstandener Menschenfreundlichkeit oder sozialdemokratischer Dämlichkeit unterließ.

Die [WAZ](#) berichtet:

Wegen des Verdachts auf Missbrauch von Sozialleistungen durchsuchen die Behörden in vier Ruhrgebietsstädten am Donnerstagmorgen in einer großangelegten Kontrollaktion zahlreiche Wohn- und Geschäftsräume. So sollen in Essen, Duisburg, Gelsenkirchen und Hagen die Daten von Sozialleistungs-Empfängern abgeglichen werden.

[...] In den Fokus geraten sind dabei vor allem Zugezogene aus Südosteuropa, insbesondere aus Bulgarien und Rumänien. So sollen im Januar 2374 Rumänen und 3754 Bulgaren trotz einer sozialversicherungspflichtigen Arbeit ergänzende Leistungen erhalten haben. Hinzu gerechnet werden außerdem noch knapp 7000 Minijobber aus selbigen Ländern, die auch staatliche Unterstützung erhalten.

Auch Arbeitgeber würden überprüft, „bei denen der Verdacht besteht, dass sie den unrechtmäßigen Bezug von Sozialleistungen in vielen Fällen ermöglichen und Leistungsbezieher illegal beschäftigen“, ergänzte Schönefeld. Unterstützt werden die Städte dabei von den Ordnungsämtern, Jobcentern, der Generaldirektion, der Familienkasse und der NRW-Polizei. Besonders betroffen von Sozialleistungs-Missbrauch seien dabei Städte, die einen hohen Wohnungs-Leerstand haben.

Roundabout 13.000 (dreizehntausend) Missbrauchsfälle, in vier

Ruhrgebietsstädten, dreizehntausend, „die sich in unserem Sozialsystem zu Hause fühlen können“ ([Katrin Göring-Eckhardt, Grüne](#)). Dreizehntausend „Einzelfälle“ werden die rotzgrünen Schönredner jetzt sicher beruhigen, die die politische Verantwortung dafür tragen. Könnte man sie doch nur in Regress nehmen!



AfD protestiert gegen Richterwahl mit Auszug aus NRW-Landtag

Der Verfassungsgerichtshof des Landes Nordrhein-Westfalen soll eigentlich als unparteiischer Hüter von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit walten. Doch auch diese Institution betrachten die herrschenden Kartellparteien offenbar als bloße machttaktische Verfügungsmasse.

So wurden am Mittwoch entgegen aller parlamentarischen Gepflogenheiten zwei neue Verfassungsrichter in einer Nacht-und-Nebel-Aktion im NRW-Landtag in Amt und Würden gehievt.

Die AfD-Fraktion wurde davon erst am Vorabend der Entscheidung gegen 18 Uhr in Kenntnis gesetzt und sollte ohne jegliche vorherige Personaldiskussion diesen „Konsenskandidaten“ zustimmen.

Ein parlamentarischer und demokratiepolitischer Skandal, auf den die AfD-Landtagsabgeordneten mit ihrem geschlossenen Auszug aus dem Plenarsaal reagierten (siehe Video am Ende dieses Beitrags), nachdem der Fraktionsvorsitzende Markus Wagner zuvor die Nichtbeteiligung an der Abstimmung begründet hatte.

In einer [Erklärung auf ihrer Internetseite](#) führte die AfD-Fraktion weiter aus:

Nach jahrzehntelangem parlamentarischen Brauch setzen sich daher alle Fraktionen im Vorfeld zusammen und beraten über entsprechende Konsenskandidaten. Nicht zum ersten Mal wird ein solcher – bewährter – Prozess konterkariert und die AfD ausgeschlossen. Nicht offiziell selbstverständlich, denn der Anschein eines demokratisch legitimierten Ablaufs soll wie immer aufrecht erhalten werden. Tatsächlich aber hatte man sich hinter verschlossenen Türen längst geeinigt und die AfD vor vollendete Tatsachen gestellt.

Demokratie geht anders. Mit ihrer Aktion in der Plenarsitzung des NRW-Landtags am 21.03.2018 setzt die AfD-Fraktion ein deutliches Zeichen gegen die Demokratie-Unmündigkeit der selbsternannten „heiligen Vierfaltigkeit“ aus CDU, SPD, Grüne und FDP (aka Einheitspartei) in der Hoffnung, dass diese Leute irgendwann auch einmal das Wohl der Bürger in NRW ins Auge nehmen.

Eine wohl leider vergebliche Hoffnung, möchte man hierzu anmerken. Zumindest solange, bis durch weitere AfD-Erfolge innerhalb der Altparteien ein fundamentaler Erneuerungsprozess erzwungen werden kann.



NRW: Polizei soll wieder „gewaltfähig“ werden

Von MARKUS WIENER | Laut einem jetzt bekannt gewordenem internen Dokument des nordrhein-westfälischen Innenministeriums soll die NRW-Polizei wieder „gewaltfähig“ werden. Wörtlich soll dort [geschrieben stehen](#): „Die Polizei NRW muss an Konsequenz, Stabilität, Führungsstärke und Robustheit deutlich zulegen. Polizeibeamte müssen durchsetzungsfähig und -stark und damit letztlich gewaltfähig, aber nicht gewaltaffin werden.“

Was eigentlich nach einer Selbstverständlichkeit klingt und wohl in keinem Land der Welt eigens von der Polizei eingefordert werden muss, sorgt nun prompt für öffentliche Diskussionen und sofortige Relativierungen durch die politisch Verantwortlichen. Womit die Gretchenfrage nach den Gründen der mangelnden polizeilichen Durchsetzungsfähigkeit an manchen Stellen eigentlich schon beantwortet ist. Denn die Hauptursache für den Autoritätsverfall der Staatsgewalt liegt wohl eher in den politischen Vorgaben und Zielsetzungen für die Polizei, als bei den Polizisten selber.

Das wird auch daran deutlich, dass es in NRW keineswegs an polizeilicher Härte und Durchsetzungsfähigkeit mangelt, wenn es gegen politisch Andersdenkende geht. Wenn es „von oben“ grünes Licht gibt, weiß selbstverständlich auch noch die NRW-Polizei, wie ein Wasserwerfer funktioniert und wie man Knüppel und Pfefferspray einsetzt.

Schwieriger wird es da schon im normalen polizeilichen Alltag, vor allem wenn Migranten und Ausländer im Spiel sind. Jeder Polizist in Nordrhein-Westfalen hat dann im Hinterkopf, dass er im Zweifelsfall selbst fällig ist wegen „übertriebener Polizeigewalt“, „Rassismus“ oder „Ausländerfeindlichkeit“. Dann überlegt man sich besser zweimal „Robustheit, Stabilität und Gewaltfähigkeit“ im Einsatz zu zeigen.

Das alles soll freilich inzwischen auch tatsächlich vorhandene Ausbildungs-, Ausrüstungs- und Mentalitätsprobleme bei der NRW-Polizei nicht in Abrede stellen. Aber zu einer ehrlichen Ursachenforschung gehören auch die zuvor beschriebenen Hintergründe.



Markus
Wiener.

[PI-NEWS-Autor Markus Wiener](#) schreibt bevorzugt zu Kölner Themen für diesen Blog. Der 41-jährige Politologe und gelernte Journalist ist parteiloses Mitglied des Kölner Stadtrates und der Bezirksvertretung Chorweiler. Seit über 20 Jahren widmet er sein politisches und publizistisches Engagement der patriotischen Erneuerung Deutschlands. Der gebürtige Bayer und dreifache Familienvater ist über [seine Facebook-Seite](#) erreichbar.



NRW: Salafisten-Report aus Jägers Revier

☒ Heute berichten wir über die großartige Erfolgsbilanz des SPD-Innenministers von Nordrhein-Westfalen, Ralf Jäger. Auch bekannt als großer „Salafisten-Jäger“! Jägers Beute diesmal ist ein Berufsschullehrer aus seiner Heimatstadt Duisburg. Die [Rheinische Post](#) schreibt, dass der Elektrotechnik-Lehrer in Kontakt zu einem der 9/11-Piloten stand, als dieser sich in Sachen Dschihad auf den Weg in die USA machte.

Der bekennende Taliban-Fan war bei den Schülern sehr beliebt und die angehenden Fachkräfteklassen sind traurig, dass er gehen muss. Auch der Schulleiter versteht nicht, warum Marcel K. – einer der ehemals führenden Köpfe des Vereins „Einladung zum Paradies“ – das Berufsschul-Kollegium verlassen soll. Ansonsten gibt es aber keine Klagen in NRW. Die Salafisten gedeihen prächtig – gute Hege und Pflege eben.

Wegen ausgeklügelter Schonzeiten und -räume konnte sich die Salafisten-Population im Jäger-Revier von 500 auf 1000 verdoppeln. Diese beachtlichen Zahlen meldet die [Rheinische Post](#) und sie werden den Neid der Berliner, Hamburger, Bremer und Baden-Württemberger Artenschützer hervorrufen, die mit solchen Vermehrungsraten nicht mithalten können. Jedenfalls sind uns keine derartig großen Bestandsfluktuationen bekannt.

Natürlich müssen Salafisten auch irgendwo wohnen. [Gestern berichteten wir](#) über das neue Domizil von Abou Nagie in Köln-

Widdersdorf. Dazu muss man ganz klar sagen: Die Streichung von Hartz IV war in dem Fall ein echtes Erfolgsmodell, denn mit dem ollen Hartz IV musste man ja hinter einer bescheidenen Fassade wohnen. So sieht das doch schon ganz anders aus – einem Salafistenführer angemessen!

Recht karg hingegen muss Usama bin Ladens Ex-Leibwächter leben. Laut [Spiegel](#) bekam er erst rund 20.000 Euro vom deutschen Staat. In der Heimat Tunesien könnte man damit eventuell ganz gut über die Runden kommen. Aber die Ausreise wird von Seiten Innenminister Jägers als zu riskant angesehen:

*Dennoch lebt Sami A. seit Jahren vergleichsweise unbehelligt in Deutschland, wie die Westdeutsche Allgemeine Zeitung berichtete. Am Donnerstag räumt der Landesinnenminister Ralf Jäger (SPD) in einer Antwort auf eine kleine Anfrage der CDU-Fraktion ein, dass sich an diesem Zustand sobald auch nichts ändern wird. Das Verwaltungsgericht Gelsenkirchen habe festgestellt, so heißt es in Jägers Schriftsatz, dass A. wegen des **“Abschiebungsverbots nach Tunesien aufgrund drohender Folter oder erniedrigender Behandlung auf unabsehbare Zeit” weiterhin in Deutschland bleiben müsse.** Eine Ausweisung des Salafisten sei daher laut Gericht **“unverhältnismäßig”**. Und unabhängig davon, wie das verwaltungsrechtliche Verfahren ausgehe, bestehe das Abschiebeverbot nach Tunesien fort, so der Innenminister. Im Klartext bedeutet das: Sami A. bleibt hier.*

Im Klartext heißt das auch: Sie, liebe Leser, können nach Herzenslust Reisen nach Tunesien buchen, während der bedauernswerte Sami Aidoudi mit seinen Kindern nicht an die wunderschönen Mittelmeerstrände seiner Heimat kommt. Müsste der deutsche Staat für diese unfaire Einschränkung der Persönlichkeitsrechte nicht eigentlich Schadensersatz leisten? Die bisherigen Leistungen erscheinen uns reichlich geizig:

Darüber hinaus geht aus Jägers schriftlicher Antwort hervor,

dass der Tunesier seit Februar 2008 ununterbrochen staatliche Unterstützungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz erhält. Bislang zahlte die öffentliche Hand ihm laut Innenministerium genau 19.987,21 Euro.

Hoffentlich denkt man daran, ihm sobald wie möglich den vom Bundesverfassungsgericht vorgeschriebenen erhöhten Asyl-Satz zukommen zu lassen. Nach Möglichkeit auch rückwirkend, denn Sami Aidoudi ist schon seit geraumer Zeit eine ausgewiesene Fachkraft™. Akademiker mit Auslandserfahrung und weltweiten Kontakten:

Aus Dokumenten der Karlsruher Ermittler und des Bundeskriminalamts geht hervor, dass Sami A. von Dezember 1999 bis Juni 2000 im afghanisch-pakistanischen Grenzgebiet gewesen sein soll. Dort absolvierte er angeblich eine 45 Tage dauernde paramilitärische Ausbildung und rückte im Anschluss in Osama Bin Ladens Leibgarde auf. Laut einem Augenzeugen traf A. in dieser Zeit auch mit Ramzi Binalshibh zusammen, der als einer der Hintermänner der Anschläge vom 11. September 2001 gilt. 1997 war Sami A. nach Deutschland eingereist, um erst Textiltechnik, dann technische Informatik und schließlich Elektrotechnik zu studieren.

Eine solche Fachkraft™ lässt man ungerne gehen, weswegen Innenminister Jägers Antwort auf eine renitente CDU-Anfrage entsprechend klar und deutlich ausfällt:

Der CDU-Innenpolitiker Peter Biesenbach: „Der Innenminister muss außerdem prüfen, ob Sami A. nicht doch nach Tunesien abgeschoben werden könnte.“ Immerhin hätten sich die politischen Rahmenbedingungen dort geändert. Jäger macht vor dem Innenausschuss des Düsseldorfer Landtages indes sehr deutlich, dass der Schutz vor Folter für ihn ein hoher Wert sei. „Ich bin weit entfernt davon, in diesem Fall Justizschelte zu betreiben“, so der Minister.

Damit ist die Angelegenheit endlich aus den Händen der überforderten Bochumer Bürgermeisterin genommen und zur Chefsache geworden. Außerdem ist für ausreichende Integration und Fachkräfte-Nachwuchs gesorgt:

Inzwischen wurde die Frau, die Sami A. 2005 geheiratet hatte, eingebürgert, so dass er nun als Ehemann einer Deutschen und Vater von drei Kindern einen zusätzlichen Abschiebeschutz genießt.

Von daher stehen dem Projekt des unter Artenschutz gestellten „Bochumer“ Salafisten-Exemplars höchstens noch einige kleinere baurechtliche Hürden im Wege:

Laut Innenministerium plant Sami A., gemeinsam mit „Personen aus seinem Umfeld“ eine Begegnungsstätte in Bochum zu eröffnen.

Die „Religions“freiheit wird es möglich machen, auch diesen Wunsch zu erfüllen. Aus NRW kann man also zusammenfassend melden, dass der Salafisten-Bestand wächst und gedeiht, erstklassige Bedingungen vorfindet und bestens gehegt und gepflegt wird. Wie sieht es woanders aus?

Mitmachen bei „PI-Aktiv Salafisten-Watch“:

Man kann sich einen Ort auf der Karte aussuchen oder einen neuen Ort eintragen lassen, über den man Informationen sammeln möchte ([Anleitung](#)).

» Einen Ort eintragen lassen und Berichte einsenden an: info@blue-wonder.org

Alle Webseiten von Millatu Ibrahim gelöscht?

☒ Das Bundesinnenministerium hat zwei Webseiten löschen lassen, die von der mittlerweile verbotenen Salafisten-Vereinigung Millatu Ibrahim aus Solingen (siehe Foto) betrieben wurden. Der [Focus](#) schreibt, dass es sich hierbei um die Webadressen millatu-ibrahim.com und salafimedia.de handelt. Die Seitensperrung nahm einige Zeit in Anspruch, weil sich der Provider im Ausland befindet und man dort erst einmal die Löschung der Seiten beantragen musste. Aber es gibt noch weitere heftige deutschsprachige Hass-Seiten..

So zum Beispiel die Seite Al-Ghorabaa, die offensichtlich ebenfalls [Millatu Ibrahim zuzuordnen](#) ist und noch nicht gesperrt ist. Dort sind friedliche Videos zu finden wie beispielsweise „Bis der Kopf fliegt: die Dawa geht weiter inschaAllah!“. Oder nette interkulturelle Dialogangebote wie dieses:

Wir werden nicht aufhören.. Entweder Sieg oder Shahadah (Märtyrertum) Wir werden Siegen, denn Allah ist mit uns.. Wir werden nicht aufhören zu sagen: "Wir sagen uns los von euch, und von allem, dem ihr statt Allah dient.. Wir machen Kufr an euch und zwischen uns und euch herrscht offensichtlich FEINDSCHAFT UND HASS für IMMER bis ihr an Allah alleine glaubt" Millatu Ibrahim kann man nicht verbieten o ober Zauberer Friedrich Schmutz Schwein.. Denn Millatu Ibrahim tragen wir in unseren Herzen.. Millatu Ibrahim ist unser Weg und unsere Aqida (Glaubensbekenntnis). Millatu Ibrahim besteht seid Ibrahim (AS) und wird bis zum jüngsten Tag bestehen. Wir werden weiter machen und ihr werdet verlieren.. Eure vierbeinigen und zweibeinigen Hunde schrecken uns kein

bisschen ab.. vielmehr ist alles was eure Hunde tun ein Ansporn für uns, diesen Weg weiter zu gehen..

Egal was ihr tut oder plant.. wir werden weiterhin sagen: Demokratie ist dreck, schmutz, schmutziger als schweinekott, shirk und Kufr. Wir lehnen sie ab und bekämpfen sie..

Eure Demokratie ist ein Taghut.. denn wir meiden und hassen.. Eure Demokrtie und eurer Grundgesetz sind wallahi nicht mal als Klopapier tauglich.. Sie sind unter unserem Schuh.. Nein, vielmehr würden wir darauf nicht mit den Schuhen steigen, denn auf Kott tretet man nicht, denn dadurch werden die Schuhe dreckig

Eure Demokratie ist ein Götze.. und Götzen werden im Islam zerstört.. Dies taten unsere Propheten Ibrahim und Muhammad und nach ihnen unsere Brüder die Taliban..

Macht was ihr wollt... wir werden nicht aufhören, die Mujahidin zu lieben und hinter, ja sogar vor ihnen zu stehen.. Wir werden sie verteidigen mit allem was wir haben..

Macht was ihr wollt.. wir lassen unsere gefangenen Geschwister niemals im Stich.. Wir werden sie unterstützen mit allem was wir haben..

Macht was ihr wollt.. wir machen weiter..

merkt das endlich o ihr Hunde, welche Nachkommen von Affen und Schweine sind.

Und Allah wird Sein Licht vollenden, selbst wenn es den Kuffar zuwider ist.

Es wäre eigentlich schade, wenn solche Seiten gelöscht werden, denn so weiß man wenigstens, woran man beim Islam ist. Salafisten sind bekanntlich angenehm ehrlich, wenn es um die Durchsetzung der koranischen Befehle geht. Eine weitere noch nicht gesperrte Internetseite hat der ~~asoziale~~ sehr sozial

eingestellte Jihad-Rapper Deso Dogg für seine kriminellen Kumpels inhaftierten Freunde ins Leben gerufen, damit sie sich nicht so einsam fühlen. Wollten Sie nicht immer schon Arid Uka als Brieffreund haben?



Ein paar Kleinigkeiten bittet Deso Dogg zu berücksichtigen:

Die Texte sollten einzig in deutscher Sprache verfasst sein. Worte wie „Kufr“, „Taghut“, „Alhamdulillah“ oder „InshaAllah“ sollten, auch wenn sie sehr geläufig sind, in ihrer ungefähren deutschen Übersetzung übertragen werden. Die Vollzugsanstalten gestatten zumeist keine fremdsprachigen Texte und würden die Briefe einfach nicht annehmen oder den Gefangenen unnötig Probleme bereiten.

Inhaltlich sollte nicht auf die beschuldigte Straftat der jeweiligen Gefangenen angesprochen werden. Es könnte sie unnötig belasten, selbst im Falle ihrer Unschuld, von der wir in jedem Fall im Ursprung ausgehen.

„[Schwestern](#)“ sind übrigens zur Zeit keine inhaftiert. Die letzte Terrorhelferin wurde [freigepresst](#). Man hört leider so gar nichts mehr über ihren Verstoß gegen die [Bewährungsauflagen](#).

Was sind eigentlich „[Schuyuch](#)“, die noch mal gesondert aufgeführt werden? In der Kategorie sitzt gerade auch keiner ein.

Spenden an Arid Uka geht leider im Moment nicht. Ist gesperrt:



PRO NRW deckt Salafistennest in Dormagen auf

☒ Im Rahmen der Reihe „Salafisten-Watch“ haben wir eine Zuschrift von einem Pro NRW-Mitglied aus Dormagen (NRW) erhalten. Dort ist der Stadtteil Hackenbroich besonders betroffen: Auch wir hier in Dormagen haben mit der Salafisten-Szene zu tun. Am 1. April 2011 tagten in Dormagen-Hackenbroich die Salafisten-Fürsten Pierre Vogel und Sven Lau.

Wir hielten es erst für einen Aprilscherz, aber das erwies sich als Irrglaube. Wir machten daraufhin die Medien sowie die Stadtverwaltung Dormagen aufmerksam und erst da passierte etwas in unserem kleinen Städtchen. Natürlich so verpackt, als hätte die Stadtverwaltung sowie die hiesige Presse alles aufgedeckt!

Das Schlimme daran ist aber der Fakt, dass die beiden hier anscheinend keine Unbekannten zu sein scheinen. Sie wurden begrüßt, als würden sie hier ein- und ausgehen.

Der hier ansässige Integrationsrat unter der Führung von Mehmet Güneysu distanziert sich davon, wie man es von den Integrationsräten ja gewohnt ist. Außer wenn es gilt, etwas zu fordern oder aber abzuschöpfen, dann sind sie sofort an erster Stelle.

Wie schon vorher geschrieben, handelt es sich hier um den beschaulichen Dormagener Stadtteil Hackenbroich. In diesem gibt es einen Teil, der völlig in Migrantenhand ist. In diesem Umfeld wollen sich die Salafisten etablieren. Wir hoffen, dass wir das mit unserer politischen Arbeit verhindern können.

Viele Grüße an alle PI-Leser!

Links Salafisten-Watch Dormagen:

- » [PI-Aktiv-Berichte](#) aus [Dormagen](#)
- » PI-Gruppe Düsseldorf: pi.duesseldorf@googlemail.com
- » PI-Gruppe Niederrhein: konservative.niederrhein@t-online.de
- » Weitere Berichte aus der Reihe [Salafisten-Watch](#)

Mitmachen bei „PI-Aktiv Salafisten-Watch“:

Man kann sich einen Ort auf der Karte aussuchen oder einen neuen Ort eintragen lassen, über den man Informationen sammeln möchte ([Anleitung](#)).

- » Einen Ort eintragen lassen und Berichte einsenden an: info@blue-wonder.org